

Verband der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 888 890

P/XV/4 - 6. Januar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Es dämmert Polizeimaßnahmen genügen nicht zur restlosen Klärung der Hintergründe antisemitischer Todsünden	59
3	Kamerun - unabhängig, aber unruhig Geburtsschwierigkeiten eines neuen Staates	49
4 - 5	Deutschland verliert immer mehr an Einfluß Die Bundesrepublik und die Erziehungsprobleme in den Ländern Westasiens Von Prof. G. Piorkowski	106
6	Erschreckende Bilanz In sechs Jahren - 1 000 Tote bei Bahnübergängen	39

* * *
* * *

Es dämmert

sp - Seit einigen Tagen ist in den Kommentaren des westlichen Auslandes zu den antisemitischen Sudeleien in der Bundesrepublik ein neuer Ton hörbar. Während man kurz nach Weihnachten unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehens in Köln zunächst in Reportageform und in direkter Verbindung mit dem Ereignis selbst lediglich über die Vorgänge berichtete, beginnt man nun, ihre möglichen Hintergründe zu analysieren. Auch die jüdischen Weltorganisationen haben sich jetzt unmißverständlich geäußert.

Es sind bei diesen Analysen zwei hervorstechende Merkmale zu beachten, denen man in der Bundesrepublik besondere Aufmerksamkeit widmen sollte. Immer häufiger wird die Frage gestellt, warum die Bundesregierung es duldet, daß in der unmittelbaren Nähe des Bundeskanzlers Männer wie Oberländer und Globke hohe Staatsämter ausüben konnten und noch können. Diese Hinweise bzw. Fragen werden ergänzt durch Überlegungen, ob in der jüngsten Vergangenheit alles getan wurde, um zum Beispiel bei den Richtern und den Pädagogen nach dem Rechten zu sehen. In diesem Zusammenhang verweist man auf die Vorgänge in Schleswig-Holstein (Fall Dr. Heyde alias Sawade), auf die inzwischen festgestellte Mitwisserschaft hoher Beamter, man weist auf Fälle, wie die des Studienrates Zind und des Arztes Dr. Eisele hin, wobei man zu verstehen gibt, daß in der Duldung oder allzu späten Aufdeckung dieser Fälle - was unter den gegebenen Umständen das gleiche bedeuten kann - der eigentliche Hintergrund für die widerlichen antisemitischen Exzesse zu suchen sei.

In der Denkschrift des "Amerikanisch-Jüdischen Komitees", die dem Botschafter der Bundesrepublik in Washington, Professor Grewe, am Dienstag dieser Woche überreicht wurde, wird ganz eindeutig die Entfernung "bekannter Nazis" aus Regierungsämtern gefordert.

Ein anderer Hinweis auf die eigentlichen Hintergründe der antisemitischen Sudelwelle in der Bundesrepublik konzentriert sich auf die Frage, ob in den vergangenen fünfzehn Jahren wirklich alles ge-

tan wurde, um der heranwachsenden Generation die Verbrechen des Nazi-Regimes zur Kenntnis zu bringen. Es ist kein Geheimnis, daß die Schulbücher in der Bundesrepublik kaum einen konkreten Hinweis auf die Massenvernichtungen von Juden während des sogenannten Dritten Reiches enthalten und daß im Geschichtsunterricht, aber auch im staatsbürgerlichen Unterricht, nur in ganz seltenen Fällen über das Schandregime Hitlers den Schülern etwas gesagt wird.

Wenn also jetzt von "Untersuchungen" gesprochen wird, dann sollte unseres Erachtens gerade an diesem Punkt angesetzt werden. Es scheint uns, daß man in der Vergangenheit allzu oft eine Mauer des Schweigens um die Verbrechen des Nationalsozialismus aufgebaut hatte, sei es aus Scham über die eigene Feigheit, sei es mit der Absicht, durch Schweigen die schändlichste Epoche der deutschen Geschichte zu überbrücken.

Gewiß ist es notwendig, mit harter Hand in jene Wäster zu greifen und sie auszuheben, in denen nationalsozialistisches Gedankengut gehegt und gepflegt wird. Es ist auch eine Selbstverständlichkeit, daß die Behörden der Bundesrepublik alle Tatbestände genauestens untersuchen, die zur Aufklärung über die Frage führen können, ob es sich um organisierte Mordenschaften handelt, und - wenn das der Fall ist - wer die Organisatoren sind. An dunklen Andeutungen von Regierungsseite hat es bisher nicht gefehlt. Nun ist es aber an der Zeit, daß diese Andeutungen durch die Bekanntgabe konkreter Untersuchungen und Ergebnisse erläutert werden.

Vergessen wir aber bei all' dem, was von den zuständigen Behörden getan werden kann und muß, nicht, daß zur wirklichen Überwindung der Vergangenheit auch andere Maßnahmen notwendig sind, als diejenigen, die ein Polizeiapparat durchführen könnte.

+ + +

Kamerun - unabhängig, aber unruhig

ED. - Obwohl der größte Teil des einst unter deutscher und damals unter französischer Herrschaft stehenden Gebietes von Kamerun am 1. Januar 1960 seine politische Unabhängigkeit erlangt hat, ist die Mehrheit der drei Millionen Einwohner dieses jüngsten westafrikanischen Staates noch nicht dazu gekommen, sich der errungenen Freiheit offen und ungefährdet zu erfreuen. An die Stelle der angesetzten Festlichkeiten ist der Belagerungszustand getreten, und die aus nahezu allen Weilen der Welt herbeigeströmten offiziellen Besucher und Gäste verbrachten wenig angenehme Tage in ihren Hotels, die eher schwer verbarrikierten Fluchtkampagnen denn Stätten freier und ungezwungener Gastlichkeit glichen.

Die innenpolitischen Gegner des zur Zeit antretenden Regierungschefs Ahmadou Ahidjo sahen den Zeitpunkt als günstig an, um vor aller Öffentlichkeit drastisch und dramatisch die Unsicherheit im neuen Staat zu dokumentieren. Die terroristischen Überfälle der letzten Tage, so in der Hauptstadt Jaunde selbst und in der wichtigen Hafenstadt Duala, haben nicht nur das Leben vieler Kameruner gefordert, auch ein gutes Stück des Prestiges des Regimes in Kamerun zerbrach im Geschoßhagel der afrikanischen Maguisards, die - so will es die offizielle Meinung wissen - der seit 1955 verbotenen "Union des Populations du Cameroun" angehören. Diese Vereinigung, einst eine gewichtige politische Oppositionspartei, die als erste die Forderung nach politischer Selbständigkeit des Landes erhob, verfiel dem Bann der Franzosen sowie der von ihr eingesetzten Regierung Ahidjo. Ihr eigentliches Oberhaupt, der junge und energische Ruben Um Nyobe, der aus der U.P.C. die Mau-Mau Kameruns machte, wurde vor Jahren von Polizeistreifen bei einer Razzia getötet. Sein Nachfolger, Dr. Félix Moumie, residiert heute nach einem kleinen Zwischenaufenthalt in Kairo, Peking und Moskau in Conakry, der Hauptstadt Guineas. Zwar mögen die Anschuldigungen der Regierungen in Paris und Jaunde, die Sowjets bezahlten die Aktionen der U.P.C., aus der Luft gegriffen sein, sicher ist jedoch, daß sowohl der guinesische Staatschef Sékou Touré, Guineas Ministerpräsident Dr. Kwame Nkrumah und nicht zuletzt Staatschef Gaouss Abdel Nasser ein recht lebhaftes Interesse an der Person wie an der Arbeit des Dr. Félix Moumie und der U.P.C. nehmen.

Es ist nicht unbeachtlich, was die Franzosen in den letzten Jahren der Mandatszeit für Kamerun getan haben, sowohl in Hinsicht auf eine stabile Verwaltung aus einheimischen Kadern wie auch auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Weiterentwicklung des Landes. Jedoch läßt es sich nicht leugnen, daß Regierungschef Ahmadou Ahidjo Ant und Würde oben den Franzosen verdankt, wobei er eingeständenermaßen wenig zimperlich in der Wahl der Mittel ist, wenn es gilt, mit innenpolitischen Gegnern abzurechnen. Die letzten Wahlen im Vorjahre brachten ihm die Mehrheit, jedoch bestreitet nicht nur die U.P.C. die Richtigkeit des Votums.

Nimmt man alles dies zusammen, so kann man dem jungen Staat nur recht viele gute Wünsche mit auf den ferneren Weg mitgeben, denn die Schatten, die zur Zeit über Kamerun liegen, werden so leicht nicht zu verscheuchen sein. Auf jeden Fall aber sollten sie als eine Warnung für jene Gebiete Afrikas verstanden werden, die in Kürze ihre Unabhängigkeit erlangen werden. Sie allein garantiert keinesfalls die Zukunft der Völker des schwarzen Kontinents.

Deutschland verliert immer mehr an Einfluß

Von Prof. G. Picrkowski

Es kann sich hier nicht darum handeln, die zahlreichen Schilderungen romantischer Natur zu vermehren, die mit mehr oder weniger Berechtigung und Wahrheitsliebe über die Länder zwischen Irak und Pakistan erschienen sind, in denen moslemische Bevölkerung lebt. Die Zeit der Romantik, die man heute denn auch nur in entlegenen Landstrichen auffinden wird, ist vergangen. Besonders in den Städten gewinnt westliche Zivilisation, auf dem indischen Halbkontinent von den Engländern zügig und geschickt vorbereitet, ständig an Boden mit allen Vor- und Nachteilen, die sich auch im Verkehr zwischen den Staaten des westlichen Asiens mit Europa, insbesondere der Bundesrepublik auswirken werden.

Inwieweit sich die Bundesrepublik noch in das Geschehen um den veränderten Lebensstandard der Länder einzuschalten vermag, wo die Schwierigkeiten liegen, wenn der Westen des Nahen und Mittleren Ostens hilft. Altes und Hergebrachtes zu verlassen, sei in folgendem auf Teilgebieten untersucht. Die moderne Zeit, in der Landesgrenzen zu eng geworden sind und wirtschaftlich ökonomische Erwägungen das Handeln diktieren, verlangt draußen einen riesenhaften Sprung vom - man darf das ruhig sagen - Esel als Transportmittel zum Flugzeug. Wie überall in der Welt, wo primitive Lebensumstände auf westliche Gedankengänge und Lebensmöglichkeiten umgestellt werden, wurde auch der Glaube der Bevölkerungen erweckt, man könne alles genau so gut wie die weißen Rassen. Erschwerend kommt hinzu, daß auch Sowjetrußland um diese Länder ringt, und - wenn auch jetzt noch in meist schlechterer Qualität - Dinge anbietet, welche dem amporstrebenden Osten interessant sein müssen. Es erscheinen so Eisenbahnen, Flugzeuge und Automobile jeder Art. Neben Lehmhütten stehen Steinhäuser und Fabriken, bisweilen unorganisch errichtet, nebeneinander.

Die verschiedenen Schulsysteme

Die Fragenkomplexe dieser Entwicklung stehen und fallen verständlicherweise mit der erziehungsmäßigen Aufklärung aller Bevölkerungsteile, was sagen soll, daß vor allem das Schulsystem der Staaten, in denen noch große Bevölkerungsteile Analphabeten sind, aufzubessern ist.

In Pakistan

Pakistan liegt hier bereits weit an der Spitze. Nach englischem Muster organisiert, entsprechen Schulen und Universitäten, erstaunlich gut eingerichtet, von gelehrtem Personal geleitet, auch europäischen Anforderungen. Auf diese Lehrkräfte etwa herabzusehen, wäre vermessen. Die männliche, und hier ebenso bereits die weibliche Jugend, zeigt sich sehr aufgeschlossen, sogar begeistert und dankbar für die vielen Lernmöglichkeiten.

In Afghanistan

Beim westlichen Nachbarn Afghanistan ist man noch rückständig. Man versucht, Grundschulen, soweit bereits vorhanden, auszudehnen. Aber es fehlen die Lehrkräfte, die noch heranzubilden sind. Eine Schulerziehung von den Städten auch auf das flache Land zu bringen, ist demnach Hauptaufgabe des Erziehungsministeriums. Die Erziehung muß aus der Hand der Mullahs, der Priester, die im allgemeinen nur Koranverse auswendig lernen lassen, in staatliche Regie überführt werden.

Der Unterschied zwischen arm und reich ist in all diesen Ländern viel größer als in Europa. Ein Mittelstand fehlt fast völlig. Und so wird die Universität in Kabul, ebenfalls nach westlichem Muster geführt, denn auch fast ausschließlich von Söhnen reicher Eltern besucht. Sie kann nach 13-jährigem Schulbesuch bezogen werden. Im Entstehen ist eine technische Erziehung, da es die so nötigen Mittelkräfte, Werkmeister und Spe-

zialtechniker kaum gibt, wenn sie nicht im Westen erzogen wurden. Weibliche Jugend ist zum Hochschulbesuch noch nicht zugelassen. Die seinerzeit von König Aman Ullah gewollte Emanzipation der Frau mußte unterbrochen werden, weil der Widerstand der Mullahs zu groß war. Und so stecken auch neuerliche Versuche noch in den Kinderschuhen. Frauen sind für Berufe der Krankenschwestern und Hebammen jetzt erlaubt. Diese zurückgebliebene Frauenerziehung wirkt sich selbstverständlich nachteilig für die Kleinkind-Einführung in das Leben beträchtlich aus.

Im Iran

Die weiter im Westen gelegenen Länder, Iran hauptsächlich, haben es besser. Hier hat in der Erziehung eine Konkurrenz der westlichen Völker eingesetzt, welche - es muß leider gesagt werden - den Westen kein gutes Zeugnis für Koordination und Einigkeit ausstellt. So verfolgt beinahe jedes größere Land, die USA, England, Frankreich und auch die Bundesrepublik eigene Ziele, nicht zum Vorteil des Gesamteindrucks. Der Moslem neigt ohnehin zu schneller und harter Kritik.

In Pakistan gilt nur das Englische als Fremdsprache. In Afghanistan war unsere deutsche Sprache früher einmal sehr gefördert. Heute überwiegen weitgehend Englisch und Französisch, während in Persien das Englische an Boden gewinnt, während Deutsch gemeinhin kaum verstanden wird. So konnten Vorlesungen in Afghanistan noch teilweise in deutscher und französischer Sprache gehalten werden, weil geeignete Dolmetscher zur Verfügung standen. Die Landessprachen zu erlernen, ist bei den relativ kurzfristigen Kontrakten ausländischer Lehrkräfte kaum möglich. Im Iran können Vorträge nur auf englisch oder französisch gehalten werden.

Sind wir kurzsichtig?

Wer die Jugend besitzt, hält verständlicherweise auch die Zukunft der Länder in der Hand, ein Umstand, der sich im Laufe der Jahre ganz besonders auf wirtschaftlichem Gebiet auswirken wird, vermutlich zum Nachteil unserer westdeutschen Industrie. Denn mit der Lieferung einiger Großprojekte dürfte es kaum getan sein, wenn sich diese gegen die starke ausländische Konkurrenz überhaupt durchzusetzen vermögen.

In dem Wettkampf der Großmächte auf kulturellem Gebiet hat die Bundesrepublik einen schweren Stand, zumal das Interesse an unserer Sprache nachhaltig durch das Englische verdrängt wird und aus diesen Ländern Hochschul- und andere Lehrer zur Verfügung gestellt werden, welche nicht mehr dem Budget der moslemischen Länder zur Last fallen.

Es müßte mehr getan werden

Hier hat unser Land weitgehend versagt, obwohl in jüngster Zeit einiges getan wird. Kabul sowohl wie Teheran besitzen sogar deutsche Schulen, die jedoch mehr von "Ausländern" als von Einheimischen besucht werden. Dem rührigen deutschen Kulturattaché in Teheran ist es sogar gelungen, die Goethegesellschaft zur Errichtung einer Zweigstelle in Teheran zu veranlassen und in Südpersien eine neue medizinische Hochschule mit deutschen Lehrkräften zu besetzen. Natürgemäß sind das jedoch nur Tropfen auf den heißen Stein.

Von vielen anderen Schwierigkeiten sei nicht mehr gesprochen. Immerhin müßte von deutscher Seite aus viel mehr getan werden als bisher. All dem kann entgegengehalten werden, die Bundesrepublik habe wichtigere Probleme zu lösen. Doch ein so großes Ländergebiet zu vernachlässigen, heißt, es zum Nachteil unseres Außenhandels langsam ganz aufgeben. Und am Ende sind Erziehungsbeiträge an die Länder Westasiens keineswegs unerschwinglich.

Erschreckende Bilanz

sp - In den letzten sechs Jahren sind bei Unfällen an den Bahnübergängen etwa 1 000 Menschen getötet worden. Allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres waren bei schienengleichen Bahnübergängen 500 Unfälle zu verzeichnen. Das ist eine erschreckende Bilanz. Der Umfang menschlicher Tragödie, der hinter diesen trockenen Zahlen steckt, läßt sich überhaupt nicht ermessen. Ganze Familien wurden ausgelöscht, Kinder verloren ihre Väter und Mütter, Mütter und Väter ihre Kinder, und die mit dem Leben davon kamen, bleiben oft lebenslang Krüppel.

Diese traurige Bilanz wirft die Frage auf, ob von den zuständigen Stellen auch alles veranlaßt wird, das Unglückersisiko auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Offensichtlich nicht, wie aus dem Prozeßverlauf um das Busunglück von Lauffen hervorgeht. Erstaunliche Tatsachen kamen bisher zum Vorschein. Es hat sich herausgestellt,

daß der Schrankenwärter Werkle - angeklagt wegen fahrlässiger Tötung in 47 Fällen und fahrlässiger Körperverletzung in 27 Fällen - vor seiner Einstellung in den Wärterdienst auf seine Eignung überhaupt nicht geprüft worden war;

daß er Schulungskurse nur unregelmäßig besuchte;

daß er laut ärztlichen Gutachtens dauernd überfordert wurde und kaum zur Schlafen kam;

daß die Schrankenwärter an diesem Unglückesposten 47 bei Lauffen mit einem falschen Fahrplan versehen waren und

daß dieser Fahrplan lediglich die Abfahrtszeiten vermeldete, die Ankunftszeiten aber ausließ.

Selbst einem weniger überforderten Mann wie Werkle müßte bei dieser Fülle von Versäumnissen früher oder später ein folgenschweres Versehen unterlaufen.

Die Folgerung, die sich aus dem bisherigen Prozeßverlauf für die Bundesbahn ergibt, ist klar. In erster Linie gilt es, die über 38 000 Kreuzungen von Straße und Schienenweg, die für viele zur Todesfalle geworden sind, zu beseitigen, und in zweiter Linie muß darauf geachtet werden, daß nur wirklich geschulte Menschen für diese Posten herangezogen werden. Man darf sie allerdings nicht in ihrer Leistungsfähigkeit überbeanspruchen, die Folgen werden schrecklich sein. Die zunehmende Verdichtung und Beschleunigung des Verkehrs verlangt ein sofortiges Abstellen der in diesem Prozeß bekanntgewordenen Versäumnisse und bürokratischen Unzulänglichkeiten, soll der Tod auf den Schienenübergängen nicht eine Dauererscheinung bleiben.

+ - +

Verantwortlich: Günter Marksheffel